

lyst, Puff

Köppel beleidigt seine Parteifreunde

Zürich – Unabhängig davon, wie sich SVP-Politiker zur Bundesratsbeteiligung stellen – in einem sind sie sich einig: Alle setzen sich für die Schweiz ein, **verteidigen das Land mir ihrer politischen Arbeit.** Davon scheint SVP-Quereinsteiger Roger Köppel (50) nicht überzeugt zu sein. Der Zürcher Nationalratskandidat schaltet Inserate und verteilt Flyer mit dem Spruch: «Wählen Sie Roger Köppel: **Endlich ein Politiker, der die Schweiz verteidigt!**» Das sorgt in der SVP für Stirnrünzeln. «Ich setze mich schon 24 Jahre länger für die Schweiz ein als Roger Köppel», sagt der Aargauer Nationalrat Ulrich Giezendanner (61, seit 1991 Nationalrat). Sein wahrscheinlich baldiger Fraktionskollege **sei offensichtlich «von sich etwas gar eingenommen».** Er staunt ist die Zürcher SVP-Nationalrätin Natalie Rickli (38). «Ich freue mich, wenn Roger Köppel gewählt wird.» Dass er aber der Einzige und Erste sei, der die Schweiz verteidige, sei etwas überheblich. **«Und es ist auch ein Affront für alle Parlamentarier, die sich genau dafür einsetzen»**, so die Topkandidatin der Zürcher SVP. Ricklis Tipp an den «Weltwoche»-Chef: «Man soll sich nicht zu wichtig nehmen.» Marcel Odermatt



Selbstbewusst: Kandidat Roger Köppel.



Fotos: Keystone, Peter Gerber, Christian Lanz

«Ein Affront»: SVP-Nationalrätin Natalie Rickli.

POLITIK & WIRTSCHAFT

Schweizer Export-KMU wieder optimistischer

Zürich – Nach dem Allzeittief im Vorquartal hat sich die Stimmung unter den Schweizer Export-KMU etwas gebessert. Laut einer Umfrage von Switserland Global Enterprise rechnen sieben von acht Branchen mit steigenden Ausfuhren. Einzige die Konsumgüterindustrie ist noch pessimistisch.

140 Sika-Manager gegen Übernahme

Baar ZG – Die geplante Übernahme durch den französischen Konzern Saint-Gobain stösst bei den Managern des Schweizer Bauchemieunternehmens Sika auf immer breiteren Widerstand. In einem Brief an Saint-Gobain-Chef Pierre-André de Chalendar stellen sich 140 Manager gegen die Transaktion. Diese bringe keine Synergien und gefährde das zukünftige Wachstum von Sika.

Angst vor schlechten Spitälern

Bern – Die Sorge vor einem Qualitätsabbau in Spitälern und Kliniken wegen des steigenden Kostendrucks ist im Volk verbreitet. 59 Prozent von 1208 Personen äussern in einer Umfrage im Rahmen des Spital- und Klinik-Barometers des Verbands H+ diese Befürchtung. 51 Prozent sind der Meinung, dass wir uns ein dichtes Spitalnetz nicht mehr leisten können – 14 Prozent mehr als im Vorjahr.

Börse & Devisen

SMI	8654.6 (-0.6%)	↘
DOW JONES	17080.4 (-0.3%)	↘
EURO/CHF	1.09	→
USD/CHF	0.96	→
GOLD	35952 Fr./kg	↗
ERDÖL	50.05 \$/Fass	↘

Dumping-Preise im Tessin

Bund baut auf Billigst-Ingenieure

Die Experten des Bundes staunten nicht schlecht. Als sie im Juni die Offerten für ein Sanierungsprojekt der Nationalstrasse N13 im Misox öffneten, flatterten ihnen acht Angebote entgegen. Sechs lagen zwischen 3 und 3,6 Millionen Franken. Zwei Offerten waren massiv günstiger: 2,1 und 2,3 Millionen Franken.

Eine so grosse Differenz ist ein klares Indiz für Preisdumping.

Die öffentlichen Auftraggeber sind heute sensibilisiert auf die Gefahren von unerklärbar tiefen Offerten. Doch das Beschaffungsrecht lässt ihnen oft keine Wahl: **Gibt es keine offensichtlichen Ausschlussgründe, müssen sie das preisgünstigste Angebot wählen.** Sonst drohen Verfahren oder Interventionen der Wettbewerbshüter.

Auch im Fall der N13-Sanierung im Misox ging der Zuschlag an den günstigsten Anbieter: **die Firma Project Partners, mit Sitz im Tessin und einer Tochterfirma in Neapel (I).** Dokumente zeigen, dass die Firma dem Bundesamt für Strassen (Astra) **für Ingenieurleistungen einen Stundenansatz von rund 52 Franken** verrechnet. Bei diesem Tarif liegt einem Experten zufolge höchstens ein Monatslohn von 4300 Franken drin. Für Schweizer Ingenieure viel zu wenig.

In der Branche wächst der Frust: **«Dieser Fall ist eine Riesensauerei», sagt Heinz Marti,** Präsident des Ingenieurverbands Usic. Project Partners beschäftigt vorwiegend italienische Ingenieure. Der Schaden für die Branche sei enorm. Marti: **«Firmen, die korrekte Löhne bezahlen, können bei diesen Preisen nicht mithalten.»**

Noch immer hoffen die Ingenieure auf die Politik. Sie soll die Möglichkeiten verbessern, Preisdumper auszuschliessen.

Doch die Situation ist so ernst, dass in der Branche sogar **ernsthaft über einen Gesamtarbeitsvertrag nachgedacht wird.** «Um sich gegen Billiganbieter aus dem Ausland zu schützen», wie Usic-Marti sagt.

Project-Partners-Geschäftsführer **Giancarlo Rosselli weist gegenüber BLICK den Vorwurf des Preisdumpings zurück:** «Unser Angebot hat in der Gesamtbeurteilung am besten abgeschnitten.»

Christoph Lenz

Die Rechnung geht nicht auf

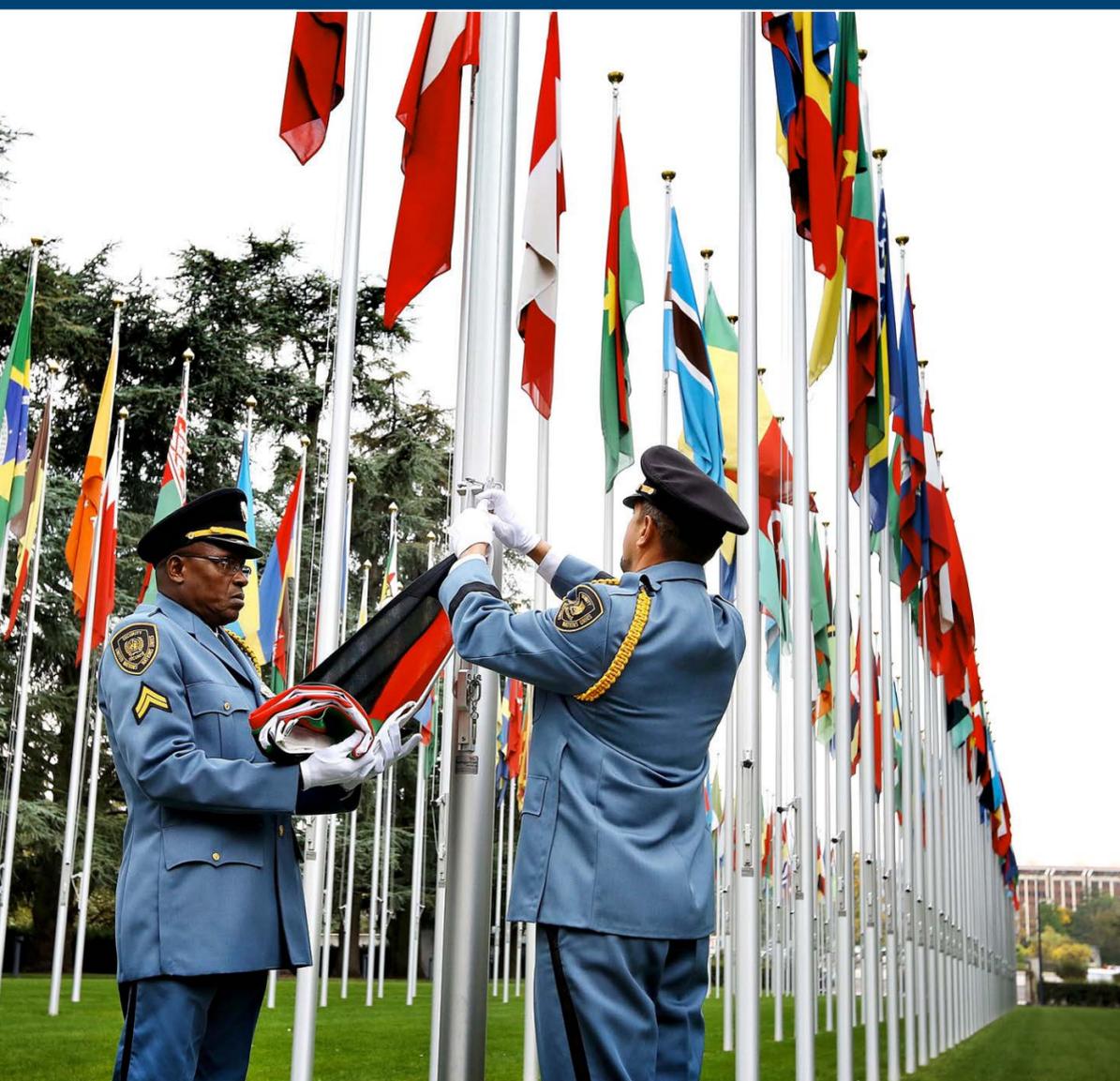
Eine Stunde Ingenieurleistung zum Preis von 52 Franken – die vom BLICK aufgedeckten Tarife bei der Sanierung der Nationalstrasse N13 sind erschütternd. Inländische Ingenieure brauchen da gar nicht mehr den Bleistift zu spitzen. Die Rechnung geht auch für den Bund nicht auf. Während er versucht, den Ingenieurmangel im Inland mit viel Geld zu bekämpfen, vergibt er seine Aufträge an internationale Firmen, die das hiesige Gewerbe mit Tiefstpreisen ausbooten.

Es wäre eine Dummheit, nun mehr Protektionismus zu for-

Das meint Blick

Christoph Lenz
Bundeshausredaktor
christoph.lenz@ringier.ch

dern. Die Schweiz verdankt ihren Wohlstand auch ihren offenen Märkten. Korrekturen sind aber notwendig, insbesondere bei den Beschaffungsverfahren: Allzu oft ist der Preis das alleinentscheidende Merkmal – Qualität, Erfahrung, Löhne bleiben nebensächlich. Damit sind Anbieter begünstigt, die Arbeiten ins Ausland verschieben. Hier muss die Politik rasch für gleich lange Spiesse sorgen.



Nur der frische Wind fehlte

Genf – Historischer Fahnenaufzug gestern am Uno-Sitz in Genf. **Erstmals wehen dort die palästinensische Flagge und jene des Vatikans** – wobei sie wegen Windflaute vorerst nur schlaff herabhängten. Stolz war der palästinensische Aussenminister Riad Al-Maliki trotzdem. «Dies ist ein weiterer Schritt in Richtung der Gründung eines Staates», sagte er. Palästina hat, wie der Vatikan, nur Beobachterstatus. **Mitentscheiden können sie nicht oder nur eingeschränkt.** Aber dank eines Beschlusses vom September dürfen wenigstens ihre Fahnen neben jenen der Vollmitglieder wehen.



Neue Fahnen in Genf: Links Vatikan, rechts Palästina.